

#### **4. Antrag**

### **Erweiterung der Kapazität im Ordnungsamt durch Schaffung einer zusätzlichen halben Stelle im Gemeindevollzugsdienst**

Im HH-Plan sind Mittel für eine halbe Stelle im Gemeindevollzugsdienst zusätzlich einzustellen.

#### **Finanzielle Auswirkungen**

Mittel für die Ausbildung, Ausrüstung, Einarbeitung und Entlohnung, entsprechend der nötigen Qualifikation

#### **Begründung**

Seit dem 1.1.2017 ist ein Gemeindevollzugsbediensteter als 450-€-Kraft eingestellt. Die Stelle ist mit 25 Stunden monatlich veranschlagt.

Über die Stelle wurde in der Gemeinderatssitzung am 22.09.2016 entschieden. Bereits in der damaligen Diskussion war die Mehrheitsmeinung, dass die Stundenzahl vermutlich nicht einmal zur Kontrolle des ruhenden Verkehrs ausreichen würde. Zusätzlich fallen in die Zuständigkeiten des Gemeindevollzugsbediensteten noch weitere Zuständigkeiten, die auf zwei eng beschriebenen DIN-A4-Seiten aufgezählt werden.

Es hat sich herausgestellt, dass sich die Befürchtungen erfüllt haben. Für eine wirksame Kontrolle auch nur des ruhenden Verkehrs sind deutlich mehr Stunden erforderlich, um die Gehwege für zu Fuß gehende Personen, Fahrrad fahrende Kinder, für Personen mit Kinderwägen, in Rollstühlen mit Rollatoren benutzbar zu halten.

Im letzten HH-Plan waren aufgrund unseres letztjährigen Antrags Mittel für eine zweite 450-€-Stelle eingestellt. Die Stelle konnte nicht besetzt werden, auch eine vom Bürgermeister angesprochene, sicherlich sinnvolle Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft hat sich 2020 nicht realisieren lassen.

Um dauerhaft und nicht nur in einzelnen Bereichen der Gemeinde eine ausreichende Kontrolle des ruhenden Verkehrs zu gewährleisten, muss die Stundenzahl des Vollzugsdienstes um eine zusätzliche halbe Stelle erhöht werden.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat der Gemeinde Neulußheim  
Monika Schroth – Alexander Mansel – Margot Röhheuser – Dr.-Ing. Markus  
Hartmann

Die Schaffung einer weiteren halben Stelle hat gegenüber einer 450-€-Stelle den Vorteil, dass die Gemeinde ihrer Vorbildfunktion bei Personaleinstellungen genügt und soziale Verantwortung übernimmt. Menschen, die auf der Basis eines 450-Euro-Jobs arbeiten, haben keine Chance, dadurch eine angemessene Altersversorgung aufzubauen und sind eher von Altersarmut bedroht.